Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

23 (15.1.1918) Mittagblatt

Visual Library

Nr. 23 — Karlsruhe, Dienstag, den 15. Januar 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten: übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Mittagblatt

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Alldeutsches in der Zentrumspartei.

Berlin, 10. Januar.

Große Dinge planen die Alldeutschen der „Vaterlandspartei" für die kommenden Wochen. Auf den Kaiser, den König von Sachsen, den Kronprinzen und Hindenburg soll ein organisierter Petitionssturm losgelassen werden. „In der höchsten Not und Gefahr" will man den Ruf an sie ergehen lassen, „unser Volk vor dem Unheil und der Schmach eines Verzichtfriedens zu retten". Die Petitionen und Telegramme sollen mit der Forderung schließen, daß Kühlmann gehen und Ludendorff bleiben muß. Zu dieser Aktion entschließt sich die sogenannte „Vaterlandspartei" just in einem Augenblick, in dem in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen der Mittelmächte mit den Russen den kritischsten Punkt zu überwinden haben; in einem Augenblick, in dem es sich entscheiden soll, ob nach dreieinhalb Kriegsjahren wenigstens im Osten ein für beide Teile annehmbarer Friede geschaffen wird oder ob auch dort das Völkermorden noch weiter geht auf unabsehbare Zeit. Mit diesem Petitionssturm bezwecken die Alldeutschen nichts anderes, als die Friedensverhandlungen zum Scheitern zu bringen für den Fall, daß unsere Vertreter in Brest-Litowsk nicht gewillt oder nicht in der Lage sein sollten, die alldeutsch-annektionistischen Forderungen im Friedensvertrag für den Osten zu verwirklichen. Eines muß man ihnen lassen: der Gedanke, der der Art ihres Vorgehens zu Grunde liegt, ist verflucht gescheit; sie stützen sich auf die Autorität Ludendorffs, um Kühlmann und mit ihm das von der Regierung vertretene Friedensprogramm zu Fall zu bringen. In einem nach allen Regeln der Kunst geführten Pressefeldzug haben sie es verstanden, in weiten Kreisen des deutschen Volkes, im neutralen, wie im feindlichen Auslande die Ueberzeugung wach zu rufen, daß der Name Ludendorff das Programm der Annektionisten bedeute, der Name Kühlmann dagegen die Forderungen der „Verzichtler" um Scheidemann und Erzberger. Sie scheuen sich nicht, das Gerücht von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen und politischen Stellen, das von maßgebendster Seite immer wieder mit allem Nachdruck dementiert wurde, beharrlich von neuem aufzubringen, um in der Lage zu sein, zu Gunsten ihrer Politik militärische und politische Führung gegeneinander auszuspielen. Am vergangenen Sonntag überraschten einige alldeutschen Blätter die Welt mit der Nachricht, Ludendorff habe den Kaiser um Entlassung gebeten. Daß ein Dementi auf dem Fuße folgen würde, war vorauszusehen. Aber trotzdem verbreitete die alldeutsche Presse dieses bis heute jeder Begründung entbehrende Gerücht, gewissermaßen als Auftakt zu dem großen Generalangriff auf Kühlmann. Daß sie mit diesem Mannöver das Ansehen unserer militärischen Stellen im Auslande untergraben (vom Inlande gar nicht zu reden) kümmert sie wenig. Die Autorität unserer politischen Stellen wollen sie zunichte machen.

Als nach dem Rücktritt Michaelis die Regierung Hertling unter Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten gebildet war und auf ihr Programm, im Reichstag eine große Mehrheit geeint hatte, hoffte mancher, nun sei die feste Grundlage für eine ruhige Fortführung unserer inneren und äußeren Politik gegeben, ein neuer Burgfriede sei geschlossen. Wir gehörten nicht zu diesen Optimisten. Nach dem Kampf, den die Alldeutschen gegen Bethmann Hollweg geführt hatten, nach ihrer maßlosen Bekämpfung der Friedenspolitik, auf die sich die Reichstagsmehrheit am 19. Juli geeinigt hatte, nach der den Sinn ins Gegenteil verkehrenden Auslegung, die sie unserer ehrlich gemeinten Antwort auf die Friedensanregung des Papstes gaben, konnten wir nicht glauben, daß sie sich mit der Politik des Grafen Hertling auch nur in der Weise abfinden würden, ihr keine Schwierigkeiten zu bereiten. Denn die Politik, die Graf Hertling im Einklang mit der Reichstagsmehrheit verfolgen wollte, war und ist kein neuer Kurs, der den Alldeutschen entgegen kommt, sondern eine Fortführung der Politik, die Bethmann Hollweg tatsächlich und Michaelis wenigstens nach außen hin betrieben hat, nur fester, entschiedener, zielbewußter. Vergeblich haben die Alldeutschen versucht, die Regierung zu der Erklärung zu bringen, sie halte sich an die deutsche Antwort auf die Papstnote nicht mehr gebunden. Vergeblich haben sie versucht, Regierung und Mehrheitsparteien zu einer Verleugnung der Friedensresolution vom 19. Juli zu veranlassen. Vergeblich war auch bis jetzt ihr Bemühen, die Mehrheitsparteien zu entzweien, um das alldeutsche Spiel zu gewinnen. Nun, da im Osten der Friede auf der Basis der Verständigung und des Ausgleiches geschaffen werden soll, blasen sie zum Generalsturm, um im letzten entscheidenden Augenblick doch noch die Oberhand zu bekommen. Mit der Parole „Hie Ludendorff-hie Kühlmann" hoffen sie die Masse des deutschen Volkes irre zu machen und insbesondere Verwirrung in diejenigen Parteien hineinbringen zu können, deren Wähler wie beim Zentrum und Freisinn im Juli des vergangenen Jahres noch nicht geschlossen hinter ihren Fraktionen im Reichstag standen.

Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß sich einige Zentrumsblätter bereit gefunden haben, auch diesmal wieder mit den Alldeutschen an einem Strange zu ziehen. Zur gleichen Zeit, als alldeutsche Blätter die sensationelle Meldung von dem Rücktrittsgesuch Ludendorffs brachten, veröffentlichte die Kölnische Volkszeitung (Nr. 15) an hervorragender Stelle einen kurzen Artikel „Vor ernsten Entscheidungen", in dem das, was die alldeutschen Blätter als Tatsache meldeten, als möglich in Aussicht gestellt und gefordert wurde, daß das deutsche Volk sich gegebenenfalls „wie ein Mann hinter die Heerführer Hindenburg und Ludendorff stelle, denen es die bisherige glückliche Verteidigung des Vaterlandes verdanke und zu denen es daher mit unbegrenztem Vertrauen empor sehe". Die Zentrumsfraktion des Reichstages sah sich darauf hin zu der Erklärung genötigt, daß für sie keine Veranlassung bestehe, in ihrem Vertrauen zur Reichsleitung eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Zentrumsfraktion hat mit dieser Erklärung bezweckt, den Versuchen, mit der Autorität militärischer Führer diejenige unserer politischen Leiter zu untergraben, wenigstens in der Zentrumspartei ein für alle Mal den Boden zu entziehen. Für das Zentrum sind in militärischen Dingen Hindenburg und Ludendorff die Autoritäten, in politischen Hertling und Kühlmann. Wenn es heute erforderlich ist, das mit aller Klarheit und Deutlichkeit auszusprechen, dann mögen sich Hindenburg und Ludendorff bei denjenigen bedanken, die ihre militärische Autorität bei jeder unpassenden Gelegenheit für alldeutsche Politik als Vorspann benutzen. Gestärkt wird die Autorität Hindenburgs und Ludendorffs durch den Mißbrauch, den die Alldeutschen damit treiben, zweifellos nicht.

Zu welch bedauerlichen Verirrungen und Verwirrungen die Uebertragung des von den Alldeutschen künstlich geschaffenen Zwiespaltes in die Reihen der Zentrumspartei führen kann, beweist der Artikel in Nr. 8 des Düsseldorfer Tageblattes, gegen die Zentrumsfraktion, ebenfalls in einer geharnischten Erklärung protestierte. Das Düsseldorfer Tageblatt bezweckte offenbar, die von einigen Zentrumsblättern geflissentlich genährte Mißstimmung kleiner Zentrumskreise über die Haltung der Fraktion zur Friedensresolution zu einem energischen Vorstoß im Sinne der alldeutschen Gegnerschaft auszunutzen. Seine Behauptungen wurden durch die Erklärung der Fraktion samt und sonders als falsch erwiesen und könnten damit als erledigt gelten, wenn nicht die Tatsache besonders bemerkenswert wäre, daß das Düsseldorfer Tageblatt seine unwahren Behauptungen im Anschluß an einen Artikel der Täglichen Rundschau gebracht hätte, den dieses Blatt wiederum aus „Zentrumskreisen vom Rhein" erhalten haben will. Es kann so nicht ausbleiben, daß die Zentrumspartei, vorab im Rheinland, dank der Haltung einiger Organe in eine schwere Krise hineingedrängt wird. Wir haben schon seit Monaten im Badischen Beobachter auf diese Gefahr hingewiesen. Damals wäre vielleicht noch Zeit gewesen, dem unguinstigen Lauf der Dinge in der Zentrumspresse ohne viel Schwierigkeiten Einhalt zu gebieten. Heute hat sich dieser Mauerfraß bereits in höchst bedenklichem Maße in den Zentrumsturm eingenistet. Hoffen wir, daß es dem energischen Eingreifen der Zentrumsfraktion und vielleicht auch noch anderer maßgebender Zentrumsinstanzen gelingen wird, der alldeutschen Tendenzen in der Zentrumspartei doch noch Herr zu werden. Damit wird nicht nur der Partei, sondern auch dem Vaterlande der größte Dienst geleistet.

Dr. H. G.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 14. Jan. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart:

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Karlsruhe, 14. Jan. (W.T.B. Amtlich.) Bei einem heute Mittag auf Karlsruhe erfolgten Fliegerangriff wurden einige Bomben abgeworfen. Eine Person wurde ganz leicht verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. Sonstiger Sachschaden gering.

Von der Westfront.

Berlin, 14. Jan. (W.T.B.) Bei stellenweise lebhafter Artillerietätigkeit und regem Flugbetrieb trotz des schlechten Wetters hielt die feindliche Erkundungstätigkeit an den einzelnen Abschnitten der Westfront auch am 13. Januar an. So wurden an der Bahn Boesinghe—Staden, nördlich Lens sowie nördlich Reims nach etwa einstündiger feindlicher starker Feuervorbereitung erfolgende feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen. Auch in der Champagne wurden vorbrechende feindliche Patrouillen im Handgranatenkampf zurückgeschlagen. Dagegen holten unsere Patrouillen nördlich der Straße Lille-Armentières acht Engländer aus den feindlichen Gräben, brachten nördlich von La Vacqueris einen englischen Offizier ein, bargen bei Villers-Guislain trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung ein englisches Feldgeschütz und nahmen bei Juwincourt mehrere Franzosen gefangen.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 12. Jan. (W.T.B.) Heeresbericht. Mazedonische Front: Feuertätigkeit. Stellenweise lebhafte Tätigkeit in der Luft.

Türkische Kriegsberichte.

Konstantinopel, 14. Jan. (W.T.B.) Amtlicher Bericht vom 11. Januar. Verspätet eingetroffen. Palästina-Front: Abgesehen von Patrouillengeplänkel und dem üblichen Artilleriefeuer lebhafte Fliegertätigkeit. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Konstantinopel, 14. Jan. (W.T.B.) Amtlicher Bericht vom 12. Januar. Verspätet eingetroffen. Palästina-Front: Im Küstenabschnitt etwas lebhafteres Geschützfeuer. Sonst nur geringe Gefechtstätigkeit. An den anderen Fronten keine Ereignisse.

Konstantinopel, 14. Jan. (W.T.B.) Amtlicher Bericht vom 13. Januar. An keiner Front besondere Ereignisse.

Der Krieg zur See.

Holländisch-portugiesischer Zwischenfall.

Haag, 12. Jan. (W.T.B.) Das Korrespondenzbüro berichtet, daß das niederländische Schiff „Kennemerland", das mit einer Ladung Mais auf dem Wege von Amerika nach Holland war, seit Anfang November in St. Vincent liegt. Die portugiesischen Behörden lassen es nicht abfahren und lassen es militärisch bewachen. Die Mannschaft wurde an Land gebracht. Man vermutet, daß das Schiff mit einem deutschen U-Boot, das brasilianische Schiffe versenkte, Signale ausgetauscht hat. Die Untersuchung hat nicht ergeben, daß die Beschuldigung gerechtfertigt ist. Portugal will nun die Ladung requirieren, weil in St. Vincent Mangel an Mais herrscht. Die holländische Regierung hat bei der portugiesischen Regierung energischen Protest eingelegt und erklärt, daß man entweder die Schuld der Bemannung beweisen oder das Schiff freilassen müsse, vor allem wegen der kürzlich angekündigten Ausbreitung des deutschen Sperrgebiets, die eine Gefahr für das Schiff ist, wenn es nach dem 18. Januar wegfährt. Bis jetzt ist der Protest ohne Ergebnis geblieben.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Fliegerleutnant Max Müller †.

Berlin, 14. Januar. Der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le Mérite, ist bei der Jagdstaffel Bölcke in der Nähe von Cambrai nach seinem 38. Luftsieg infolge Flugzeugfehlers tötlich verunglückt, und so für das Vaterland gefallen. Leutnant Müller stammt aus Niederbayern und war ehedem ein Klempnergeselle, der vor 10 Jahren als Rekrut beim ersten Infanterieregiment König in München diente, und schon im ersten Jahr zum Unteroffizier befördert wurde. Bei Kriegsausbruch wieder eingerückt, ging er zur Fliegertruppe über, wo ihm ein glänzender Aufstieg beschieden sein sollte; auf einstimmigen Vorschlag seines Offizierkorps zum Vizefeldwebel befördert, und zum Offizierstellvertreter ernannt, wurde er in den ersten Tagen des September 1917 wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde vom König von Bayern zum aktiven Offizier im Fliegerbataillon befördert, und fast gleichzeitig, am 15. September, erhielt er aus Anlaß seines 27. Luftsieges den Orden Pour le Mérite. Im Dezember errang Leutnant Müller seinen 38. Luftsieg, und neue ehrende Auszeichnungen standen ihm bevor; so war er u. a. zum bayerischen Max Josefs-Orden vorgeschlagen. (N. B. L)

Ein ehemaliger montenegrinischer Kriegsminister.

Wien, 14. Jan. (W.T.B.) Vom Kriegspressequartier wird gemeldet. Der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Vesovic hat sich mit seinem Anhang, worunter sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Moloslaw Bajcevic befand, beim Bezirkskommando Madrijeriec gestellt und dort die Waffen abgeliefert. Die Genannten werden, da sie sich innerhalb der gestellten Frist den k. u. k. Behörden gestellt haben, des anläßlich des allerhöchsten Geburtstages ergangenen Gnadenerlasses teilhaftig.

Griechenland.

Athen, 14. Jan. (W.T.B.) Havas. Der Verpflegungsminister Empiricos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Denglis zum Generalissimus ernannt werden wird. Venizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungsarbeit zu entlasten

Was Lansing proklamiert.

Newyork, 14. Jan. (W.T.B.) Reuter. Staatssekretär Lansing rühmte gestern bei einem Essen der Advokatenvereinigung in einer Rede die alliierten Nationen und erklärte, seine Hauptbotschaft an alle sei: Wir gehen vorwärts in diesem Kriege. Wir müssen um der Menschheit willen siegen (!?) und wir werden siegen.

* * *

Paris, 14. Jan. (W.T.B.) Havas. Amtlich wird bekannt gegeben: Die Krankenträgertruppen werden künftig von den Listen der kämpfenden Verbände gestrichen und werden „Sanitätsabteilungen für die erste Linie" genannt. Sie bleiben neutral, entsprechend den internationalen Bestimmungen.

Die Friedens-Verhandlungen mit Rußland.

Beratungen der deutsch-österr.-ungarisch-russischen Kommission.

(Schluß.)

Aus den weiteren Verhandlungen stellte zusammenfassend Staatssekretär von Kühlmann fest: Herr Trotzki sei bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt wären. Er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Trotzki erklärte hierauf, daß Aeußerungen von Landtagen, Städtevertretungen und dergleichen als Aeußerung des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Folgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organes Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne. Im weiteren Verlaufe der Besprechung behauptete Herr Trotzki, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 25. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente desselben Geistes und derselben Politik seien, wie sie der Herr Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu gestalten beabsichtige. Des weiteren stellte Herr von Kühlmann sich auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärung der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht überzeugend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebte, wie andere.

Herr Trotzki glaubte in dieser Auffassung eine Unterordnung des Grundsatzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völker nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen? An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil man diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachten würde.

In Erwiderung auf diese Bemerkung führte der Staatssekretär v. Kühlmann aus: Ich bin gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Minister des Aeußern Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit der Frage der Heranziehung der Vertreter der besprochenen Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu: Wir wünschen zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörperschaften nicht als berechtigt angesehen würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nation zu sprechen.

Herr Trotzki beantragte hierauf, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung am 12. Januar resümierte Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratung und wünschte eine genaue Erklärung der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekte" und „Objekte".

Der russische Delegierte Komenow führte aus: Die russische Delegation sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe oder Einrichtung gemacht worden seien, insoweit diese Erklärungen unter dem Regime der fremden Okkupation erfolgt und von Organen ausgingen, deren Rechte nicht von der Volkswahl herrührten, und die überhaupt ihr Leben in dem Rahmen zu fristen, der den Plänen der militärischen Okkupationsbehörde nicht widerspricht. Die Delegation stellte fest, daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen noch in Litauen noch in Kurland irgend welche demokratisch gewählten Organe weiter gebildet werden konnten, noch existierten, die mit irgendwelchem Rechte darauf Anspruch erheben konnten, als Ausdruck des Willens weiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetrifft, so erkläre die russische Delegation:

1. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches zieht die russische Delegation keine Schlüsse, die irgend welche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete in ihrem Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, insbesondere gegen das polnische Volk, sind zusammen mit dem Zarismus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin, in irgend welcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete in dem Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der Willensfreiheit der Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtungen der genannten Gebiete.

3. Die so verstandene Auf[illegible] setzt voraus vorhergehende Verständigung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von der einen, Rußlands von der anderen Seite über die Hauptpunkte: In Bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, in Bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die Lösung der Frage von den staatlichen Geschicken der entsprechenden Territorien und Nationen vollzogen werden soll, in Bezug auf das Uebergangsregime, das bis zum Moment der endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll und in Bezug auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Die Gesamtzahl der Antworten auf diese Frage bilden die Paragraphen des Friedensvertrages, die die Paragraphen des deutschen Vorschlages am 28. Dezember 1917 ersetzen sollen.

Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung dieser Fragen vor:

1. Das Territorium. Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert sind. Rußland verpflichtet sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder einer anderen Staatsform zu nötigen. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bestätigen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche, sowohl auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von Gebieten des früheren russischen Kaiserreiches, die jetzt von den Heeren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auch die sogenannten Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete.

Gleichzeitig verpflichten sie sich, diese Gebiete nicht, weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beengen, die geschlossen würden vor der endgültigen Konstituierung der Gebiete aufgrund des politischen Selbstbestimmungsrechtes, der sie bevölkernden Nationen.

Die Abstimmung soll nach Rücknahme der fremden Heere, Rückkehr der Flüchtigen und der zu Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird von einer besonderen Kommission bestimmt, entsprechend der Lage der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhang mit den Bedingungen des noch nicht beendeten Weltkrieges stehen.

2. Der Schutz der Ordnung und Rechte der im Prozeß der Selbstbestimmung befindlichen Gebiete liegt den nationalen Heeren und lokalen Milizen ob. Den Aufsichtsinnen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges evakuierten wird die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben.

3. Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung der genannten Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Angelegenheiten, Grenzen usw. in die Hände eines temporären Organs über, das durch Verständigung der politischen Parteien, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben, gebildet werden.

4. Die endgültige Lösung der Fragen von der Staatslage der Gebiete, um die es sich handelt, und von der Form ihrer Staatseinrichtungen wird durch das allgemeine Referendum erfolgen.

Binnen Beschleunigung der Arbeiten der Friedenskonferenz hält die russische Delegation es für außerordentlich wichtig, von den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen eine vollkommene exakte Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen worden sind.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus:

Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stände und uns Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind. Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für diese besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfang fordert, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erhärten: In der Nacht vom 30./31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes dort geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonette und Maschinengewehre auseinandergejagt. Als die Ukraine das Selbstbestimmungsrecht geltend machte, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. Soviel aus den hier vorliegenden Funksprüchen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis dar. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch gemäß der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgendes hervorheben: Am 21. September 1917 erbat die kurländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der Litauische Landesrat, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrag haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 17 Rigaer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagö und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gebiete besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschen Betrieben. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, zu der hier verlesenen schriftlichen Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgenwie Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten. Ich möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene Modus procedendi, nämlich daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen wird, noch besonders aber die Schriftstücke in der uns heute vorgelegten Sprache im allergeringsten dazu beitragen werden, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angefangenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen war, um dann nach Abschluß der mündlichen Durcharbeitung, wenn es nötig erschienen wäre, das Ergebnis der mündlichen Durcharbeitung schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

Herr Trotzki: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden, und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgend einer Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufdrängen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen auf der andern Seite keine entsprechenden Gegenformulierungen entgegengestellt wären, würden durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratung ist noch nicht anberaumt worden.

Die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Berlin, 15. Jan. Wie das Berl. Tagebl. berichtet, hat der Reichskanzler Graf Hertling die Parteiführer entgegen der ursprüngilchen Absicht nicht zu einer Konferenz empfangen, wohl aber hat der Stellvertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen, Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Bussche, im Verlaufe des gestrigen Nachmittags den Parteiführern einige Aufklärung über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk gegeben. Danach sind die Verhandlungen dort gestern nachmittag wieder aufgenommen worden und auch heute morgen wird eine Sitzung der Delegierten stattfinden.

Berliner Pressestimmen zu Brest-Litowsk.

Berlin, 15. Jan. Alle Morgenblätter äußern sich zu dem gestern veröffentlichten Berichte über die Verhandlungen der Friedensdelegierten in Brest-Litowsk.

Der Berliner Lokalanzeiger meint: Es hat sich von vornherein vermuten lassen, daß Herr Trotzki eine andere Tonart anschlagen würde als die Genossen, die vor ihm in Brest-Litowsk die russische Sache zu führen hatten. Er wird sich mittlerweile davon überzeugt haben, daß auch die deutschen Delegierten über andere Register verfügen, und daß sie sich nicht scheuen, auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen. Die von dem Vertreter der deutschen Heeresleitung geführte Sprache hat den Vorzug der Klarheit; sie mag den Russen gefallen oder nicht. Ob Herr Trotzki nach Brest-Litowsk gekommen ist, um es mit uns zu verderben, darüber dürfte das russische Volk anderer Meinung sein, das unter allen Umständen auf einen günstigen Abschluß der Verhandlungen rechnet. Sollte es dann enttäuscht werden, so wird die Regierung der Bolschewisten in erster Linie zu fühlen haben.

In der Vossischen Zeitung wird ausgeführt: Deutschland kann niemals daran denken, die von ihm besetzten russischen Gebiete vollkommen zu räumen, bevor es an allen Fronten Frieden hat. Anders liegt dies bei den Russen. Rußland hat in demselben Augenblick den vollen Frieden im Lande, wo es sich mit den Mittelmächten einigt. Es hat in Brest-Litowsk Gelegenheit, sich mit allen seinen Feinden zu den gleichen Bedingungen zu einigen. Wir müssen weiter schwer kämpfen nach Westen, nach Süden und im fernen Osten. Die Wechselfälle des Krieges können wir nicht voraussehen. Wir würden leichtfertig handeln, wenn wir den strategischen Vorteil unserer Besetzungen im Osten freigeben und unser Vaterland dadurch womöglich irgendwelchen Gefahren aussetzen. Rußland dagegen kann die von ihm noch besetzten Gebiete räumen, wenn in Brest-Litowsk der Friede geschlossen ist.

In der Täglichen Rundschau wird die Sprache der deutschen Delegierten dankbar anerkannt. Offenbar gebe sich Herr Trotzki in seinen Reden rasch in dem Maße einem radikalen Doktrinarismus hin, in dem die Empfindung in ihm und seinen Genossen wachse, daß sie vielleicht doch noch dazu bestimmt seien, den Jüngsten Tag der Weltgeschichte herbeizuführen.

Die Germania hofft, daß die Russen einsehen werden, daß sie mit ihrem Einspruch vollständig auf dem Holzwege sind.

Der Vorwärts meint, es müsse eine Einigung möglich sein, wenn der gute Wille dazu auf beiden Seiten vorhanden sei.

In der Berliner Volkszeitung heißt es: Zwischen den Russen und den Verbündeten besteht eine gemeinsame Basis. Sie schien in diesen Tagen ins Wanken zu geraten. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk gestern nachmittag wieder aufgenommen worden.

Die Berliner Morgenpost meint: Wir unsererseits können die Weiterentwicklung der Dinge in Rußland abwarten, ob es die Russen auch können, darüber müssen sie sich selbst klar werden. Nach dem, was wir über die Zustände in ihrem Lande und an ihrer Front wissen, scheint es uns, als ob sie es nicht könnten.

Die Post schreibt: Die deutschen verantwortlichen Stellen denken nicht daran, die deutschen Truppen über Hals und Kopf an die alte deutsche Grenze zurückzuziehen, nur damit die jetzt schon in Estland eingerissene Anarchie dort alle Verhältnisse trüben und damit irgendwelche unkontrollierbaren Volksabstimmungen unmögliche Zustände schaffen.

Weitere Ausführungen des französischen Außenministers.

Paris, 11. Jan. (W.T.B.) In der Deputiertenkammer sagte der Minister des Auswärtigen Pichon ferner: Bleiben wir somit fest bei den mit unseren Verbündeten getroffenen Vereinbarungen. Wir haben solche mit Italien, Serbien, Rumänien und mit mehreren anderen unserer Alliierten, und um nichts in der Welt werden wir sie brechen. Man spricht von einer gemeinsamen Note. Denken Sie doch daran, daß es gegenwärtig nicht weniger, als 17 Mächte gibt, die sich im Kriege mit Deutschland befinden! Ist es notwendig, sie alle einzuladen, ihr Kriegsziel für die Befreiung der Menschheit aufs Neue zu formulieren, oder soll eine Auswahl unter ihnen getroffen werden, oder soll man sie schließlich vor der Stunde, in der dies notwendig sein wird, vereinigen zu einer Art Vorfriedenskonferenz? Glauben Sie mir, daß es sich hier um etwas anderes handelt, als um eine Wortklauberei, und daß es im Augenblick nur darauf ankommt, daß wir alle im Grunde einig sind, wie selbst Albert Thomas anerkannt hat in seinem Artikel in der Humanite, der aus London vom 5. Januar datiert ist.

Nach Ausführungen von Albert Thomas und Aristide Briand nahm Pichon wieder das Wort:

Mein Freund Briand wird mitbezeugen, daß ich keine Kritik an der Note des Präsidenten Wilson geübt habe. Albert Thomas macht uns einen weiteren Vorwurf. Wir hätten, sagt er, nicht wie England eine Gegenoffensive als Antwort auf die Verhandlungen von Brest-Litowsk unternommen. Es ist jedoch eine solche, wenn wir von dem Augenblick an, indem wir von den Vorschlägen Deutschlands an Rußland erfuhren, gesagt haben, daß sie uns keinen einzigen Augenblick aufhalten würden. Seitdem ist es klar geworden, daß Deutschland, während es an der Form halber den Grundton eines Friedens ohne Annexionen proklamierte, es verstanden hat, die von ihm eroberten Gebiete zu erhalten. Es würde also Polen, Litauen, Kurland, Esthland und Livland behalten, deren Bevölkerung, wie es behauptet, sich bereits ausgesprochen habe. Der große Zorn der Maximalisten gegen die deutschen Bevollmächtigten hat sich beruhigt. Es scheint gegenwärtig, daß Anzüglichkeiten zwischen Kühlmann und Czernin einerseits und den maximalistischen Delegierten andererseits ausgetauscht werden. Wird der Friede geschlossen werden? Ob nun Deutschland ihn schließt, oder ob es beim Waffenstillstand bleibt, — es

Chronik des dritten Kriegsjahres.

15. Januar. Versenkung des kleinen österreichischen Passagierdampfers „Zagreb" ohne Warnung und des englischen Tankdampfers „Garfield". Russischer Massenangriff beiderseits Fundeni abgeschlagen.

Mit Feuer und Schwert.

Kriegs-Roman aus der Gegenwart
von Felix Nabor.

(Nachdruck verboten.)

8) (Fortsetzung.)

Frau von Brenkendorff und Lia sahen ihn erstaunt an. „Onkel Achim," rief Lia, „das ist ein schrecklicher Verdacht. Ich kann Nikolai nicht für so schlecht halten —"

„Kennst du ihn denn so genau?" gab er zurück. „Siehst du ihm ins Herz?... Weißt du, wessen Rachegedanken er ausbrütet?... Weißt du, wessen ein Mensch fähig ist, der den Teufel im Leibe hat und dem das Wasser bis an den Mund geht?"

„Du hast recht," sagte Lia, „ich kenne Nikolai nicht. Unser Verkehr hat sich nur auf Aeußerlichkeiten erstreckt, ins Herz geblickt habe ich ihm niemals, das war mir immer verschlossen. Aber ich kann nicht glauben, daß soviel Haß und Bosheit in einer Menschenbrust wohnen —"

„O du ahnungsloser Engel, du", sagte Achim und erhob sich. „Gott erhalte dir deine heilige Einfalt! Ich aber kenne die Menschen besser und weiß, was ich von diesem langen Russen zu halten habe. Schwamm drüber! — Ich muß mir jetzt ein bißchen die Füße vertreten, mache vielleicht auch einen Ritt auf die Felder. In einer Stunde bin ich zurück. Treffe ich dich da noch, Kind?"

„Gewiß, Onkel, ich gedenke bis zum Abend zu bleiben. Vorausgesetzt, daß Tante Annemarie solange haben will —"

„Aber Kind, wie du nur so reden magst!" sagte Frau v. Brenkendorff. „Du weißt doch, daß du mir stets von Herzen willkommen bist."

„Dann also auf Wiedersehen!" rief Achim und ging rasch aus dem Zimmer, da ihm plötzlich ein kluger Gedanke gekommen war. Zehn Minuten später ritt er auf seinem Braunen davon und grüßte zu den Damen hinauf, die ihm eine Weile nachsahen und dann das unterbrochene Gespräch wieder aufnahmen.

„Hältst du Nikolai wirklich für so schlecht?" fragte Lia.

„Achim wird wohl etwas zu schwarz sehen," entgegnete Frau Annemarie, „indessen, wer ergründet ein Menschenherz? Glaube und Treue sind ja bei unseren russischen Vettern längst geschwunden, und mein seliger Gatte nannte sie geradezu Verräter am Deutschen Reich. Was Wahres daran ist, vermag ich nicht zu sagen, aber das ist sicher: an ihrem Schild klebt ein Makel! — Sonst hätte Nikolai nicht mit unserem grimmigsten Feinde, deinem Onkel, Freundschaft geschlossen. Der war auch halb ein Russe und auf unsere Vernichtung bedacht."

„Das tut mir leid, Tante, und ich hoffe, du läßt mich nicht entgelten, was er fehlte —"

„Davon ist keine Rede, Lia. Aber du wirst es verstehen, daß in meinem Herzen Bitterkeit emporquillt, wenn die Sprache auf diese Dinge kommt —"

„Ich verstehe auch noch manches andere, Tante. Ich durchschaue Nikolais Plan. Proschkau und Malzinnen in Nikolais Hand, das wäre eine feindliche Festung an der deutschen Grenze, ein Bollwerk Rußlands gegen Deutschland, ein Pfahl im Herzen der Heimat!"

Ihre Züge verdüsterten sich, als sie erregt fortfuhr: „Aber Nikolai wird sich täuschen! Ich mache ihm einen dicken Strich durch die Rechnung — er soll weder Malzinnen noch Proschkau bekommen."

„Das letztere wirst du schwerlich verhindern können, Lia", gab Frau Annemarie zurück. „Wenn es mit Erich zu Ende geht, ist Nikolai als der nächste männliche Erbe, Majoratsherr."

„Aber du hast doch noch einen Sohn, Tante", rief Lia eifrig. „Fritz —"

„Der ist verschollen — — verdorben — —"

„Wir suchen ihn — —"

„Such' eine Muschel im Meer! — Und so du sie findest: bist du sicher, daß sie eine Perle enthält? — Ich halte Fritz für verloren."

„Um so mehr müssen wir bestrebt sein, Erich zu retten. Davon hängt alles ab. Wenn man ihn trotz allem den Tod entreißen könnte . . .! Wir sollten einen erfahrenen Psychiater, einen Nervenarzt kommen lassen, vielleicht gelingt es ihm, Erichs Krankheit zu enträtseln und zu heilen."

„Etwas Aehnliches sagte auch Achim, aber ich setze keine große Hoffnung darauf. Wenn du aber meinst — —"

„Ich werde noch heute schreiben, Tante. Meine Freude wäre grenzenlos, wenn Erich geheilt würde."

„Ach, du Liebe?" rief Frau Annemarie erfreut, „deine Teilnahme tut mir so wohl und ich bin so glücklich, daß du so viel Interesse für Erich hast. Wenn er es doch wüßte! Wollen wir versuchen, ihn zu wecken?"

„Nein, nein, laß ihn schlafen, bis er von selbst erwacht. Wir haben ja Zeit, es abzuwarten. Ich will dir inzwischen von München erzählen und von meinem Mütterlein —"

Sie saßen eine Stunde lang in traulichem Gespräche beisammen, bis beide erschrocken emporfuhren, weil drunten im Schloßhofe ein Reiter angaloppierte und eine laute, herrische Stimme Befehle erteilte."

„Mein Gott," rief Frau Annemarie, „daß ist unser Vetter Nikolai. Was führt den hierher? Sicherlich nichts Gutes. Vom ihm kam uns immer nur Unheil."

Lia legte den Arm und die Zitternde. „Sei ohne Sorge, Tante," sagte sie, „wenn Nikolai Schlimmes im Schilde führt, hat er es auch mit mir zu tun. Da wird er sich wohl hüten, etwas Feindseliges zu unternehmen. Sei also ohne Furcht, wir wollen dem Ritter Blaubart mutig entgegentreten."

„Du hast recht," erwiderte Frau Annemarie, „Schwäche ziemt sich nicht für eine deutsche Frau. Auch in Not und Gefahr müssen wir Mut und Kraft zeigen und in allen Lagen des Lebens auf Gott vertrauen. Komm, wir wollen den feindlichen Vetter empfangen, wie es sich ziemt: als Gast des Hauses!"

Und nachdem der alte Diener Gerhard beauftragt worden war, bei dem Kranken zu wachen, stiegen die beiden Damen Arm in Arm die breite, dunkelgebeizte Eichentreppe hinab, die in der großen Eingangshalle mündet. —

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Wie sorgt das Vaterland für seine kriegsbeschädigten Heldensöhne? Unter diesem Titel erschien dieser Tage in dritter Auflage (16.—20. Tausend) die reichillustrierte Schrift von Pfarrer Hermann Müßle (Verlag der A.-G. Badenia, Karlsruhe. Preis 25 Pfg.) — Mit Schmerz und Sorge schauen wir auf das unbeschreibliche Krüppelelend, das der Krieg unermeßlich Tag für Tag schafft. Ganz riesenhaft ist die Arbeit, die die ärztliche Kunst hier zu bewältigen hat. Und sie erreicht Resultate, die ans Wunderbare grenzen, das zeigt uns die vorliegende Schrift als tröstliche Tatsache. „Der Verfasser hat auf weiten Reisen an den Fronten und in der Heimat die Tüchtigkeit der deutschen Aerzte kennen gelernt und hier das Ergebnis seiner Beobachtungen in Wort und Bild möglichst lückenlos und klar niedergelegt. Erfreulich ist es, daß die Schrift (wohl als einzige) nicht unterläßt, neben der Behandlung der rein medizinischen Frage und der Erläuterung der Invalidenfürsorge, auch die große Bedeutung der Religion in der Krüppelfrage zu betonen. Im Wundenweh und im Kampf mit dem Gespenst „Krüppel" gibt die Wunderkraft der Religion dem Leben des Invaliden erst den rechten Inhalt. Die dritte Auflage des Schriftchens will seine edle Aufgabe, in allen Volkskreisen tiefes Verständnis für unsere Kriegsbeschädigten zu wecken, fortsetzen, darum gehört es in jede Familie und vor allem in die Hand jedes unserer Helden, dem es Trost und neuen Lebensmut in schweren Lebenstagen bringen wird. — Der niedrige Preis macht Massenverbreitung möglich, durch die die große Unwissenheit mancher Kreise in dieser Frage behoben werden kann. R.

wird sich um die Lösung der Frage gegen uns bemühen können, die der russische Ausfall seiner Entfaltung anheimgegeben hat. Es wäre unklug, sich von der Festigkeit maximalistischen Geistes und von den Drohungen mit einem revolutionären Kriege bestechen zu lassen. Es ist wesentlich, dem Schlimmsten zuvorzukommen. Folgendermaßen stellt sich also die Lage dar: Einerseits haben die alliierte Länder durch ihre Regierungen bekanntgegeben, daß die Grundsätze eines dauerhaften und gerechten Friedens, den sie anstreben, Gleichberechtigung, Freiheit und Unabhängigkeit, das Recht auf Wiedergutmachung der erlittenen Schäden und die Schaffung bestimmter Einrichtungen zur Verhütung einer Wiederholung des Krieges sind. Sie haben sich in aller Form bereit erklärt, untereinander die Vorschläge zu prüfen, die von ihren Gegnern etwa gemacht werden würden.

Renaudel (Soz.) bestand darauf, daß seine Frage wegen einer gemeinsamen Erklärung der Alliierten beantwortet werde, und betonte die Notwendigkeit, vor allem die Gerechtigkeit der Sache Frankreichs zu verkündigen. Er schloß mit der Forderung auf Zusammentritt einer Konferenz der Alliierten zur Abfassung einer gemeinsamen Erklärung. Die Kammer nahm darauf, wie bereits gemeldet, mit 377 gegen 113 Stimmen die Priorität zu Gunsten einer Tagesordnung, Augagneur, an, die von der Regierung angenommen war und in der es heißt: Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung, vertraut darauf, daß sie durch energische Fortsetzung des Krieges die vollständige Wiedergutmachung des Mißbrauchs der Gewalt, die Herstellung und den Triumph der Demokratie weiter anstreben wird, und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde durch Handaufheben angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Badischer Landtag.

(·) **Karlsruhe**, 15. Jan. In der Zweiten Kammer sind neuerdings zwei Anträge betr. die Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen eingegangen und zwar ein Antrag der Zentrumsfraktion, in welchem die Regierung ersucht wird, noch diesem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Beamtengesetz und soweit erforderlich auch die Gehaltsordnung und das Etatgesetz Zusätze erhalten, welche es ermöglichen, die Kriegszulagen bei der Festsetzung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge zu berücksichtigen. Der zweite Antrag stammt von der Fraktion der Nationalliberalen Partei. Es wird darin beantragt, die Regierung möge nach dem Vorgang Preußens im Hinblick auf die täglich noch steigende Teuerung aller Lebensbedürfnisse sämtlichen Beamten, Lehrern und Arbeitern eine alsbald auszubezahlende Teuerungsbeihilfe bewilligen, und bei der Reichsregierung und den Regierungen der Bundesstaaten die nötigen Schritte behufs gleichheitlicher Regelung der Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen für die Beamten, Lehrer und Arbeiter des Staates tun.

Baden.

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zehnter Mitglied der Ersten Kammer.

Der Staatsanzeiger Nr. 11 vom 15. Januar meldet die durch S. K. H. den Großherzog unterm 11. Januar erfolgte Ernennung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zehnter zum Mitglied der 1. Kammer auf die Dauer seines richterlichen Amtes. Dr. Zehnter folgt auch hierin seinem Vorgänger, dem zum Minister ernannten, gewesenen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Düringer nach.

Mit der Mitgliedschaft Dr. Zehnters in der Ersten Kammer erledigt sich die Zugehörigkeit Dr. Zehnters zur Zweiten Kammer von selbst, da es durch die Verfassung ausgeschlossen ist, daß jemand beiden Kammern angehöre.

Chronik.

Aus Baden.

:: **Karlsruhe**, 14. Jan. Das Organ des Badischen Eisenbahnerverbandes, der Bad. Eisenbahner, befaßt sich in seiner letzten Nummer mit dem Wechsel in der Leitung der Generaldirektion der Badischen Staatsbahn. Das Verbandsorgan hebt dabei hervor, daß der scheidende Generaldirektor Exzellenz Roth für die persönlichen Verhältnisse des ihm unterstellten Personals stets das größte Verständnis und Mitgefühl gehabt habe. Seinen Nachfolger, Staatsrat Schulz, begrüßt der Badische Eisenbahner und hofft von ihm, daß er den neuen Verhältnissen, wie sie durch den Krieg geschaffen werden, Verständnis entgegenbringe. Die kommenden Jahre würden gerade in Personalangelegenheiten große Aufgaben zu lösen bringen.

:: **Mannheim**, 14. Jan. Nach dem Mannh. Gen.-Anz. steht eine Erhöhung des Straßenbahntarifs bevor. Der 10 Pfg.-Tarif dürfte endgültig verschwinden und die kürzeste Strecke 15 Pfg. kosten.

‡ **Mannheim**, 15. Jan. Der Stadtrat hat die angeordnete Absperrung des Gases wieder aufgehoben, ebenso die angeordnete Einschränkungen zur Kohlenersparnis, die Nichtheizung der Schulen, Kirchen, des Hoftheaters. Nur die Vergnügungsstätten dürfen auch weiterhin nicht geheizt werden. — Am Samstag vormittag rutschte der städtische Arbeiter Astor von Walldorf als er aus einem Hause einen gefüllten Müllkübel auf den Müllwagen trug, im Hausgang aus, dabei fiel ihm der Kübel auf den Kopf. Astor erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er bereits nach zwei Stunden starb.

:•: **Pforzheim**, 14. Jan. Auf der nahen württembergischen Station Enzberg wurden einem Hamster über ein Zentner Käse und ein halber Zentner Mehl abgenommen.

)(**Dürrn bei Pforzheim**, 15. Jan. Das schwere Verbrechen, welches sich am letzten Donnerstag hier zutrug, ist insoweit aufgeklärt, als es unzweifelhaft feststehen dürfte, daß die Ehefrau des Landsturmmanns W. Albrecht ihrem schlafenden Manne eine Kugel in den Kopf gejagt hat. Als der Mann aufwachte, schoß sie noch ein zweites Mal auf ihn und verletzte ihn so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der älteste Sohn der Ehefrau Albrecht hatte sechs Tage vor der Tat in einem Pforzheimer Geschäft auf Wunsch seiner Mutter den Revolver gekauft.

× **Malterdingen bei Emmendingen**, 15. Jan. Der 80jährige aus der Kreispflegeanstalt Freiburg entwichene D. König geriet bei heftigem Sturm in einen mit Schnee angefüllten Graben. Er wurde erfroren aufgefunden.

)(**Freiburg**, 15. Jan. Am Sonntag früh wurde das Fabrikanwesen des Hofsattlermeisters Karl Wagner durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden wird auf ungefähr 80 000 Mk. geschätzt. Bei dem Brand kamen auch verschiedene Stück Vieh ums Leben.

•:• **Mühlenbach bei Haslach i. K.**, 14. Jan. Durch Feuer wurde das Anwesen des Landwirts S. Hansmann vollständig eingeäschert. Bei dem Brand kamen fünf Stück Rindvieh und zehn Schweine ums Leben. Viele hundert Zentner Heu, Stroh wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt über 80 000 Mk.

:.: **Vom Bodensee**, 14. Jan. Der Schneesturm, der am vergangenen Donnerstag herrschte, tobte mit besonderer Heftigkeit im Bodenseegebiet. Auf verschiedenen Eisenbahnstrecken war der Zugverkehr fast völlig lahmgelegt. Auf der Strecke Schaffhausen-Romanshorn blieb ein Zug im Schnee stecken. Bei Friedrichshafen stießen ein österreichischer und ein württembergischer Dampfer zusammen, wobei der erstere beschädigt wurde.

Lokales.

Karlsruhe, 15. Januar 1918.

Aus dem Hofbericht. Am Sonntag wohnten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise dem Gottesdienste in der Schloßkirche an.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute die Vorträge des Geheimen Legationsrates Dr. Seyb, des Staatsministers Dr. Freiherrn von Bodman und des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo.

N.A. **Die Leib-Grenadier bei Cambrai.** Wie aus verschiedenen Meldungen und Feldpostbriefen bekannt geworden ist, hat das I. Bad. Leibgrenadier-Regiment Nr. 109 an der Schlacht von Cambrai, bei der die Engländer neben gewaltigen blutigen Verlusten auch große Teile mühsam errungenen Geländes verloren haben, ruhmreichen Anteil genommen. Die Schlacht von Cambrai gehört zu den stolzesten Waffentaten unserer Leib-Grenadiere, die getreu ihrer Tradition auch in diesem Weltkriege wie in den Kämpfen der vergangenen hundert Jahre sich überall mit besonderer Auszeichnung geschlagen haben zum Schutze der bedrohten Heimat. In allen Kreisen unserer Stadt wird man es daher dankbar begrüßen, daß durch einen öffentlichen Vortrag Gelegenheit geboten wird, näheres über die Heldentaten der Leib-Grenadiere in der Schlacht bei Cambrai zu hören, und zwar aus dem Munde eines Mitkämpfers, der selbst als bewährter Truppenführer bei diesem blutigen Ringen ein Bataillon des Regiments zu Kampf und Sieg geführt hat. Herr Staatsanwalt Dr. Kuenzer, der als Hauptmann d. R. und Kommandeur des dritten Bataillons des I. Bad. Leibgrenadier-Regiments an dem Erfolg bei Cambrai wesentlichen Anteil hat, wird am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im großen Rathaussaal erzählen von den Erlebnissen seines Regiments in der Schlacht von Cambrai. Und wie der Kampf dem Schutze der Heimat galt, so soll dieser Vortrag den Dank der Heimat zum Ausdruck bringen helfen dadurch, daß der Reinertrag der Eintrittspreise dem Ortsausschuß des Bad. Heimatdankes zufließt, jener Organisation, die in der Heimat die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen und die Kriegsbeschädigten übernommen hat. Es sei also auf diesen vielversprechenden Vortrag ganz besonders hingewiesen.

N.A. **Einschränkung des elektrischen Strombezugs.** Mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse der Kohlenversorgung muß nicht allein im Gasverbrauch, sondern auch im Bezug von elektrischem Strom für Licht- und Kraftzwecke äußerste Sparsamkeit beobachtet werden. Aus diesem Grunde dürfen nach einer Anordnung des Stadtrats elektrische Kraftanlagen bis auf weiteres in der Zeit von 4.30 Uhr bis 7.30 Uhr abends nicht betrieben werden. Ausnahmen sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts zulässig. Im Verbrauch von elektrischem Strom zu Beleuchtungszwecken muß ebenfalls größte Sparsamkeit beobachtet werden.

Na. **Die Auszahlung der reichsgesetzlichen Familienunterstützungen** für die zweite Januarhälfte beginnt, wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisteramts hervorgeht, ausnahmsweise erst am Mittwoch, den 16. Januar d. J., an welchem Tage zudem von 8—3 Uhr ununterbrochen ausbezahlt wird. An den folgenden Tagen findet die Auszahlung dagegen wie sonst von 8—½1 Uhr und ½3—6 Uhr in der vorgeschriebenen Reihenfolge statt. Die noch nicht zurückgegebenen Fragebogen sind spätestens an den Auszahlungstagen vollständig und richtig ausgefüllt zurückzugeben, widrigenfalls die Auszahlung der Reichsunterstützung zurückgehalten wird.

Gummi aller Art nimmt die städtische Annahmestelle Karlstraße 30 (geöffnet von 8 bis ½1 Uhr und von ½3 bis 6 Uhr) immer noch an. In mancher Haushaltung dürften sich überflüssige oder unbrauchbare Gummi-Gegenstände oder Altgummi vorfinden, zum Beispiel Kinderbälle, Ringe, Wasser- oder Gasschläuche, alte Reifen von Fahrrädern oder Kinderwagen, Gummischuhe, Gummisohlen, Kleidungsstücke oder Abfälle von ihnen usw. Auch in den Händen der Kinder ist sicherlich noch manches Stück Gummi, das für unsere Volkswirtschaft verwertet werden könnte. Da das deutsche Reich seinen Gummibedarf im wesentlichen aus den im Lande befindlichen Mengen decken muß, ist es dringendes Erfordernis, daß alle Bestände nutzbar gemacht werden. Wer Gegenstände aus Gummi oder Gummiabfälle entbehren kann, bringe sie zur Annahmestelle; auch die kleinsten Mengen werden angenommen (nur Hartgummi nicht) und auf Wunsch bezahlt.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

hat an den Badischen Landtag und die Kriegsamtsstelle unter Hinweis auf die vollständig ungenügende Kohlenzufuhr, welche die Einstellung weiterer Betriebe insbesondere von Gas- und Elektrizitätswerken unvermeidlich erscheinen läßt, telegraphisch die Bitte gerichtet, als durchgreifende Hilfe gegen die Kohlennot sofort allgemein die ungeteilte Arbeitszeit einzuführen und hierbei die Forderungen der Arbeitnehmer wie zum Beispiel achtstündige Arbeitszeit ohne Lohnausfall sowie Anpassung der Verkehrsverbindungen zu berücksichtigen. Die Lage ist sehr ernst. Zur Vermeidung ganz unhaltbarer Zustände sind sofortige Maßnahmen dringend geboten.

Zu der hier in Frage kommenden Einführung der ungeteilten Arbeitszeit schreibt uns ein Gegner dieser Form:

Als Radikalmittel gegen die Kohlennot wird immer wieder die ungeteilte Arbeitszeit empfohlen. Gewiß sprechen einige Gründe für dieselbe. Es gibt aber auch schwerwiegende Gegengründe. Durch die ungeteilte Arbeitszeit werden vielleicht bei den Dienststellen, nicht aber auch für die Allgemeinheit Kohlen erspart. Jetzt wärmt ein Ofen oft zwei bis vier ledige Beamte. Kommen dieselben um 5 Uhr vom Büro, so muß für jeden ein Ofen gezeizt und ein Licht zu Hause gebrannt werden. Das Erwärmen eines Zimmers erfordert mehr Heizmaterial als das längere Warmhalten eines Zimmers. Vier Oefen brauchen mehr als einer. Sind die Büroräume von abends 5 Uhr kalt, so erfordert das Anwärmen am andern Tag mehr Heizstoff, als wenn die Oefen — besonders Dampfheizung — bis abends 8 oder 9 Uhr in Wirksamkeit waren. Auch verheiratete Beamte können, wenn sie abends 7 oder 8 Uhr vom Büro kommen, im gemeinsamen Familienzimmer noch ihre Privatgeschäfte erledigen oder sich geistig beschäftigen, da die unruhige Jugend dann zu Bett gebracht ist. Kommen die Beamten um 5 Uhr nach Hause, so müßten sie sich ein besonderes Zimmer heizen lassen, wenn sie noch ungestört arbeiten wollen oder müssen. Also besondere Heizung und Licht; statt Ersparnis und Mehraufwand.

Die Familie kann auch nicht bis 5 Uhr ohne Essen sein. Sie kocht also mittags zu Hause, der Vater im Dienstgebäude; um 5 Uhr kocht dann die Familie noch einmal gemeinsam und da das nicht bis zum andern Morgen anhält, wird abends noch einmal gekocht, was einen Mehraufwand an Heizmaterial und Gas für Koch- und Beleuchtungszwecke bedeutet.

Sicher ist, daß die durchgehende Arbeitszeit für einzelne Beamte Vorteile und Annehmlichkeiten hat, besonders für solche, welche mit Schluß der Bürostunde sorglos ihre Feder weglegen können.

Nicht mit Unrecht ist schon gesagt worden: Wenn jetzt bei den vermehrten Geschäften und der verminderten Beamtenzahl, trotz der unzureichenden Ernährung und der eingeschränkten Urlaubszeit die Beamten oder einige Kategorien derselben in der Lage sind, ihr Arbeitspensum in 6—6½ Stunden zu erledigen, dann haben wir bisher zu viele Beamte gehabt oder sie haben ihre Zeit nicht entsprechend angewendet. Da es aber immer Leute gibt, die sich nur durch das Experiment überzeugen lassen, so ist es vielleicht ganz gut, die durchgehende Arbeitszeit einmal einzuführen, damit alle in die Lage kommen, sich ein persönliches Urteil darüber bilden zu können.

Daß es bei dem jetzigen Ernährungsstand und der Ernährungsschwierigkeit nicht zweckmäßig ist, die zu sitzender Lebensweise Verurteilten auch noch vom mittäglichen Sonnenschein auszuschließen, bedarf keiner Darlegung. Bisher konnte man nach dem Essen noch ein Stündchen sich in der erwärmenden, für das gesamte Wohlbefinden außerordentlich zuträglichen, bezugscheinfreien Mittagssonne ergehen und dabei einige notwendige Besorgungen machen. Künftig wird man von der Dämmerung bis zur Dämmerung in der Schreibstube hausen und dann in die ungeheizte Stube eilen um ein verspätetes Mittagessen einzunehmen oder, statt seinen Nerven Erholung gönnen zu können, in der gemeinsamen Familienstube sitzen und zu horchen, wie die Jüngsten schreien, die Schulingend ihre Aufgaben aufsagt, die Ehefrau daneben die Nähmaschine schnurren läßt, während die Tochter Klavier übt und dergl.

An Kohlen wird vielleicht gespart — wenigstens bei der Behörde —, die Gesundheit wird aber nicht gefördert und häufig wird die ganze Kohlenersparnis wieder darauf gehen — um Krankenzimmer zu heizen!

Immerhin, man probiere es!

Politische Nachrichten.

Die Empfänge beim Kaiser.

Berlin, 14. Jan. (W.T.B.) Wie der Berl. Lokalanzeiger hört, wurden die Empfänge beim Kaiser heute vormittag fortgesetzt. Den Beginn machte eine Besprechung, zu der der Kaiser den Kronprinzen empfing. Darauf kam Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Busche zum Vortrag, worauf der Reichskanzler und Feldmarschall von Hindenburg gemeinsam vom Kaiser empfangen wurden. Nach Beendigung dieser Besprechung hielt der Kaiser den Feldmarschall noch längere Zeit zu besonderem Vortrage zurück.

Tatsachen und unwahre Gerüchte.

Berlin, 14. Jan. (W.T.B.) Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt unter der Ueberschrift „Tatsachen und Gerücht" redaktionell: Der Reichskanzler Dr. Graf Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Heerführern hier stattgefunden. Die Mitteilung über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegt keine tatsächliche Differenz vor, die eine Entscheidung im Kronrate verlangte. Auch sonst gehen manche unrichtigen Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Kühlmann und der Botschafter Graf Bernstorff eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Der Kaiser über die Feier seines Geburtstages.

Berlin, 14. Jan. (W.T.B.) Der Kaiser hat den Wunsch geäußert, daß auch dieses Jahr sein Geburtstag nur durch ernste Feiern und Zusammenkünfte wie in Schulen und bei sonntäglichen Gottesdiensten in Kirchen begangen und von lauten Festveranstaltungen tunlichst Abstand genommen werden solle. Auch veranlaßt den Kaiser die Rücksicht auf den stark belasteten postalischen Verkehr im Felde zu der Bitte, von der Uebermittlung von Glückwünschen abzusehen und sich auf ein freundliches Gedenken und auf treue Gebete zu beschränken.

Die preuß. Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Berlin, 14. Jan. (W.T.B.) In der Fortsetzung der Aussprache des Wahlrechtsausschusses des preußischen Abgeordnetenhauses wies ein freikonservativer Redner darauf hin, daß die Wahlrechtsvorlage im engsten Zusammenhang stehe mit dem preußischen Kommunalwahlrecht. Auch die Aufgaben der Gemeinden berührten sich vielfach mit denen des Staates. Die Staatsregierung müsse angeben, wohin mit dem städtischen Wahlrecht die Reise gehe. Er müsse den Ausführungen widersprechen, daß das Königtum die Führung in der Wahlrechtsvorlage übernommen habe. Die Botschaft vom 11. Juli 1917 stellte eine Konzession an einen Reichskanzler dar, der am Amte klebte. Für das Pluralwahlrecht, das der Minister des Innern als das logische bezeichnet habe, müsse sich ein schließlicher Weg finden lassen. Der Minister des Innern führte aus, er könne nicht versprechen, daß eine alsbaldige Stellungnahme der Regierung zum städtischen Wahlrecht erfolgen werde. Erhebungen würden nötig sein. Es bestehe ein wesentlicher öffentlich-rechtlicher Unterschied zwischen der Struktur des Staates und der Städte. Auf die Ausführungen eines nationalliberalen Redners wandte sich der Vizepräsident des Staatsministeriums gegen die Auslegung seiner Worte. Er halte es durchaus aufrecht, daß, wenn die Vorlage nicht zustande komme, in weiten Volkskreisen eine große Enttäuschung entstehen könnte, die möglicherweise dazu beitragen würde, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen. In Bezug auf die Ostmarkenpolitik würdige die Regierung die Schwierigkeiten, die sich als Folgeerscheinung aus dem gleichen Wahlrecht ergeben könnten, durchaus. Aber auch ein Pluralwahlrecht würde diese nicht gerade erfreuliche Folgeerscheinungen nicht hintanhalten können. Zum Schutze des Deutschtums werde alles geschehen, aber es müsse auch alles vermieden werden, was als Kampfmittel gegen die Polen aufgefaßt werden könnte. Nach dem königlichen Erlaß soll die Vorlage so zeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen bereits nach dem neuen Gesetz erfolgen können. Wenn auch vielleicht die Wahlperiode verlängert werden müsse, so müsse doch sofort nach Eintritt des Friedenszustandes die Auflösung des Landtages erfolgen.

Mit Jordan von Kröcher

ist einer der bekanntesten deutschen Parlamentarier dahingegangen. Er hat ein Alter von fast 72 Jahren erreicht. Er hatte zunächst Jura studiert, und sodann den Krieg von 1870/71 als Dragoner-Offizier mitgemacht, widmete sich aber dann gänzlich der Bewirtschaftung seiner Güter und wurde 1889 zum Erbpt-Ritterschafts-Direktor der Kur- und Neumark ernannt. 1879 wurde er zum ersten Male ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er dann als Mitglied der konservativen Fraktion seit 1889 dauernd angehört hat. Von 1899—1912 war er Präsident derselben, auch dem Reichstage gehörte er von 1898—1913 an. Er genoß großen politischen Einfluß.

Finnische Abordnung in Wien.

Wien, 14. Jan. (W.T.B.) Gestern erschien eine finnische Abordnung, bestehend aus den Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat und ehemaliger Senator Edward Eselt, Universitätsprofessor Raphael Erich und Direktor Samuel Sario im Ministerium des Aeußern. Die Abordnung wurde in Vertretung des Ministers vom zweiten Sektionschef Frhr. v. Flotow empfangen. Aufgrund der Ermächtigung durch den Kaiser und im Auftrage des Ministers des Aeußern nahm Frhr. v. Flotow von der durch die Vertreter der finnländischen Regierung überbrachten Mitteilung der Unabhängigkeit Finnlands Kenntnis und sprach, dem Ersuchen der Deputation willfahrend, namens der österreichisch-ungarischen Monarchie die Anerkennung der selbständigen Republik Finnlands aus.

Streik und Belagerungszustand in Spanien.

Bogota, 14. Jan. (W.T.B.) Ein Streik kam in Cartagena, Barranquila und Santa Maria zum Ausbruch. Die Regierung verhängte über die Departements an der atlantischen Küste den Belagerungszustand.

Caillaux verhaftet.

Paris, 14. Jan. (W.T.B.) Ag. Havas. Caillaux ist gestern morgen verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Kranke übergeführt worden.

Paris, 14. Jan. (W.T.B.) Ag. Havas. Die Verhaftung Caillaux wurde alsbald bekannt und machte Eindruck. Das Publikum riß sich förmlich um die Abendblätter und besprach eifrig die Nachricht. Alle Blätter erscheinen mit großen Ueberschriften und melden: „Die Verhaftung des Freundes des Bolos" oder „Hochverratsverbrechen" oder „Ein Theaterstreich". Ohne bestimmte Ursachen für die Verhaftung zu nehmen, berichten sie von der Durchsuchung eines Schließfaches, das Caillaux in Florenz unter dem Namen Renomard in dem Finanzinstitut der Banca Italiana di Conto hatte. Nach dem Intransigeant hätte man in diesem Schließfach Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiere gefunden, deren Bedeutung unbestreitbar sei. Das Blatt fügt hinzu, es sei ein Schriftstück in die Hände der Militärgerichtsbarkeit gelangt, dessen Bedeutung und Wichtigkeit nicht gestattet habe, Caillaux länger auf freiem Fuße zu belassen.

Letzte Nachrichten

Reichstagsersatzwahl.

Koblenz, 15. Jan. (W.T.B.) Amtliches Wahlergebnis. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Koblenz 3 (Koblenz und St. Goar) entfielen sämtliche abgegebenen Stimmen auf den Verbandsdirektor Dr. Tewes in Essen (Ztr.). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Antidynastische Kämpfe in Rumänien.

Berlin, 15. Jan. Aus Wien wird dem Berl. Lokalanz. mitgeteilt, nach einer Meldung der Politischen Correspondenz aus Sofia spielen sich gegenwärtig in Jassy entschieden antidynastische Kämpfe ab. Die Strömung gegen König Ferdinand nimmt von Tag zu Tag zu. Die Stellung des Kabinetts Bratianu ist vielfach zu schwach, um dem König eine hinreichende Stütze zu bieten.

Japanische und amerikanische Kriegsschiffe in Wladiwostok.

Berlin, 15. Jan. Dem Berl. Lokalanz. zufolge wird dem Echo de Paris aus London gemeldet, daß zwei englische und zwei amerikanische Kriegschiffe sich dem japanischen Kreuzer angeschlossen haben, der vor drei Tagen in Wladiwostok eintraf.

* * *

Amsterdam, 15. Jan. (W.T.B.) Gestern nachmittag kam es hier zu Demonstrationen gegen die mangelhafte und ungenügende Lebensmittelverteilung. Die Kundgebungen dauerten mehrere Stunden, ohne daß es zu irgendwelchen ernsten Zwischenfällen gekommen wäre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Verschiedene Nachrichten.

Reiche Heringsfänge im Skagerrak und Kattegat.

Ueber die Gewässer zwischen Nord- und Ostsee geht gegenwärtig ein unermeßlicher Heringssegen nieder. Eine Riesenflotte von Heringsfängern ist im Skagerrak und Kattegat eingetroffen, wohl über 800 Motordampfer, die mit dem Fang begonnen haben, und in der kurzen Zeit ihres Aufenthalts in den dortigen Gewässern bisher (1. Tag) weit über 1 110 000 Kisten Heringe (etwa 110 Millionen Heringe) ihrem Element entrissen und zugleich einen stattlichen Millionengewinn herausgefischt haben. Und jeder Tag bringt neue Millionen hinzu.

Sammlung für das Rote Kreuz und andere Zwecke.

Feldseelsorge: Bisher 4264.45 Mk., N. K. 3 Mk., Ungenannt 10 Mk., Postsekretär Schmidt, Ettlingen 5 Mk., E. S. 5 Mk., A. B. 2.50 Mk., Pfarrer Becker, Weilersbach 3.15 Mk., zusammen 4293.10 Mk. — **Bad. blinde Krieger:** Bisher 637.10 Mk., N. K. (Weihnachtsgabe) 10 Mk., Pfarrer Becker, Weilersbach 4.85 Mk., Pfarrkuratie St. Josef, Grünwinkel 2 Mk., Postsekretär Schmidt, Ettlingen 5 Mk., E. S. 5 Mk., Frau Hiß 1 Mk., zusammen 664.95 Mk. — **Soldatenheim Karlsruhe:** Bisher 177 Mk., E. S. 5 Mk., zusammen 182 Mk. — **Lesestoff ins Feld:** Bisher 74.60 Mk., N. K. 2 Mk., Postsekretär Schmidt, Ettlingen 10 Mk., J. Becker, Karlsruhe 20 Mk., Kaufmann M. Tritschler, Karlsruhe 2 Mk., Pfr. Kleiser, Bickesh. im 8.78 Mk., Pfarrei Wintersdorf 6 Mk., Ungenannt 16 Mk., Postsekretär Schmidt, Ettlingen 5 Mk., zusammen 144.38 Mk. — **Kriegsgefangene:** Bisher 1136.55 Mk., E. S. 5 Mk., zusammen 1141.55 Mk.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 12. Jan.: Santo Pizzardini, Steinhauer, Ehemann, alt 55 Jahre; Maria Butz, alt 67 Jahre, Witwe von Aug. Butz, Maurer; Christina Siebler, alt 54 Jahre, Ehefrau von Phil. Siebler, Lokomotivführer; Hans Heinrich, alt 2 Jahre, Vater Joh. Pet. Haupert, Schneidermeister; Berta Poth, alt 61 Jahre, Ehefrau von Georg Poth, Generalagent. — 13. Jan.: Regina Spiegelhalter, alt 52 Jahre, Witwe von Josef Spiegelhalter, Metalldreher; Pauline Geißler, alt 77 Jahre, Witwe von Heinr. Geißler, Taglöhner. — 14. Jan.: Wilhelm Lägler, Schuhmachermeister, Ehemann, alt 46 Jahre; Anna Borho, Privatiere, ledig, alt 64 Jahre.

Beerdigungszeit u. Trauerhaus erwachsener Verstorbenen.

Dienstag, den 15. Januar 1918: 1/4 4 Uhr: Regina Spiegelhalter, Näherin, Rheinstraße 38 (in Mühlburg); Luise Frank, Schreiners-Witwe, Baumeisterstr. 42. — 4 Uhr: Berta Poth, Generalagents-Ehefrau, Zirkel 11.

Auswärtige Gestorbene.

Mannheim: Heinrich Horsch. * Freiburg: Berta Hechinger, Witwe geb. Brecht (Restaurant Hechinger); Frau Josefine Dreher geb. Montfort, 80 J.; Frau Maria Federer, Witwe (Zähringen), 61 J. * Au (bei Freiburg): Frau Karoline Asal geb. Wunderle, 72 J. * Messelhausen: Maria Luise Zehnter, 25¾ J. * Kappelwindeck: Franz Josef Liebich, 59½ J. * Zell (A. Bühl): Wendelin Belikan, 66 J. * Göggingen: Valerian Kempf, ehemals Bürgermeister und Bezirksrat 76½ J. * Konstanz: Karl Wolff, 71 J.; David Degen, Kugmeister a. D., 69 J. * Waldkirch (Elztal): Magdalene Weber, 51 J. * Offenburg: Frau Johanna Heinemann geb. Fischer, 80¾ J. * Fessenbach: Karoline Basler, 68 J. * Lahr: Frau Eva Gäng geb Krämer.

Es ist verboten,
während der Gassperrstunden Gas zu verbrauchen!

Handelsteil

Süddeutsche Wochenberichte über Handel und Verkehr.

Tabak.

Die Ablieferungen wurden durch die inzwischen eingetretene regnerische Witterung noch mehr als bisher verzögert. Der Mangel an alten Tabaken tritt immer schärfer hervor. Besonders fellt es allzu sehr an Umblattware für Zigarrenzwecke. Die Art der Enteignung bezw. Bewertung der Tabake bei den Verarbeitern ruft große Unzufriedenheit hervor. Rippen waren andauernd sehr begehrt.

Hopfen.

Im Verlauf der Woche wurden am Hauptmarkte bei einer Zufuhr von 200 Ballen 600 Ballen umgesetzt. Die Preise der 1917er Ware blieben auf der ganzen Linie fest. Am Hauptmarkte bewegten sich die Werte zwischen Mk. 90 und 155 für den Zentner je nach Güte bezw. Herkunft. Alter Hopfen als Tabakersatz wurde weniger begehrt, ja es boten zum Teil sogar Tabakfabriken, die sich überreichlich eingedeckt hatten, wieder Ware an.

Wein.

Die Nachfrage nach neuen Weinen ließ in Süddeutschland etwas nach, die Preisbewegung ging aber trotzdem weiter nach oben. Es kosteten 1917er Weiß- und Rotweine zuletzt in Baden Mk. 280—425 bezw. Mk. 300 bis 500, im Elsaß Mk. 340—420 bezw. Mk. 475—525, in Franken Mk. 380—525 bezw. Mk. 400—550 und in Württemberg Mk. 400 im Durchschnitt für die 100 Liter. In der Rheinpfalz kosteten 1917er Weißweine Mk. 3800 bis 13000 die 1000 Liter.

Futtermittel.

Die Andienungen in Futterrüben erwiesen sich auch in jüngster Zeit als nicht ausreichend. Den Landwirten sind die festgelegten Höchstpreise zu niedrig, weshalb sie mit der Abgabe zurückhalten. In Hafer sind namhafte Mengen für Heeresbedarf abgeliefert worden. Die Nachfrage nach Heidekraut war rege, das Angebot aber schwach. Man forderte Mk. 3—4 für den Zentner bahnfrei der mitteldeutschen Abgangsstationen.

Kohlen.

Die Situation am Kohlenmarkt war gerade in jüngster Zeit sehr kritisch geworden, weil die Beifuhren auf dem Wasserweg durch den Niedrigwasserstand ungemein erschwert wurden. Da Tauwetter eintrat, dürften sich die Verhältnisse in nächster Zeit wenigstens etwas entspannen. Nicht nur die Verbraucher von Hausbrand, sondern auch von Industriekohlen sind zu starken Einschränkungen in der Verfeuerung genötigt. Viele industrielle Betriebe wurden erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Holz.

Die Lage des Brettermarktes war in jüngster Zeit wenig geklärt. Die Verbraucher legten sich im Einkauf unverkennbare Zurückhaltung auf, so daß nur unbedeutende Mengen im Handel waren. Die Produzenten forderten für die 1" starke unsortierte Ware bruchfreier Beschaffenheit Mk. 130—135 für das Kubikmeter frei Bahnwagen der Abgangsstationen.

Firmen des Bezirks, die am Verkehr mit der Kaiserl. Gesandtschaft in der Schweiz, sowie Web-, Wirk- und Strickwarengeschäfte, die an der Einfuhr aus der Schweiz interessiert sind, können von der Geschäftsstelle der Handelskammer Karlsruhe nähere Mitteilungen über vorstehende Angelegenheiten erhalten.

Hierzu
Sterne und Blumen Nr. 2.

Gedenket der hungernden Vögel!

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die **II. Hälfte des Monats Januar 1918** findet **nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweiskarten** an folgenden Tagen, jeweils vormittags von 8 Uhr bis 1/2 1 Uhr und nachmittags 1/2 3 Uhr bis 6 Uhr, **Mittwoch, den 16. Januar 1918 jedoch nur von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr** im großen Rathaussaal statt:

O.Z. 1 bis mit 2800 **Mittwoch, den 16. Jan. 1918,**
" 2801 " " 5600 **Donnerstag, den 17. Jan. 1918,**
" 5601 " " 8400 **Freitag, den 18. Jan. 1918,**
" 8401 " " 11200 **Samstag, den 19. Jan. 1918,**
" 11201 bis Schluß **Montag, den 21. Jan. 1918,**

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäftes muß dringend darauf bestanden werden, daß die Berechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 12. Januar 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Grossherz. Hoftheater.

Dienstag, den 15. Januar 1918. 37. Sondervorstellung.

„Dreimäderlhaus".

Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Richard. Musik nach Franz Schubert.

Anfang: 7 Uhr. Ende: gegen 10 Uhr.

Verein Volksbildung (E. V.) Karlsruhe.

Hierdurch geben wir unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß Herr Professor **Karl Widmer** an den **Donnerstagen, den 17., und 24. Januar,** Vorträge halten wird über das Thema:

„Das Deutsche Wohnhaus des Mittelalters und der Neuzeit"

jeweils abends 8 Uhr, im Hörsaal für Kunstgeschichte im Aulabau der Techn. Hochschule. Eintritt für unsere Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 20 Pfg.

An den Sonntagen 20. Januar und 3. Februar finden vormittags, jeweils pünktlich um 11 Uhr, Führungen in das Großh. Kunstgewerbemuseum (Westendstraße 81) statt unter Leitung des Direktors Herr Geh. Hofrat Professor **Hoffacker.** Versammlung am Haupteingang Westendstraße.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 1/2 7 Uhr, findet im Großh. Hoftheater eine Vorstellung statt, und zwar das Weihnachtsstück: **„Hans Gradedurch".** Die Karten für unsere persönlichen Mitglieder werden von Donnerstag, den 17. Januar ab täglich von 2 bis 7 Uhr, in der Geschäftsstelle des Ver ins, Akademiestraße 67, verkauft. Preise der Plätze: Mk. 1.—, 80 60, 50, 40, 30, 20 und 10 Pfg. **Abgezähltes Geld ist mitzubringen. Mittwoch, den 16. Januar, bleibt die Geschäftsstelle geschlossen. Vorbestellungen werden nicht entgegengenommen.** 151

Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung.

Mittwoch abend punkt 8 Uhr
findet im grossen Saale des **Goldenen Adler,** Karl-Friedrichstrasse, eine

Mitglieder-Versammlung

mit Bericht über

die Tätigkeit des Ortsausschusses und Aufgaben der kaufmännischen Verbände

statt.

Die Karlsruher Handlungsgehilfenschaft ist hierzu freundlichst eingeladen. 117

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände
Ortsausschuss Karlsruhe, Sofienstr. 33.

Aufgebotsverfahren.

Frau **Wilhelm Bippes,** Taglöhners Ehefrau Karoline geb. Schempf hier, Durlacherstraße Nr. 31, hat den Antrag gestellt, den Pfandschein Nr. 95 vom 3. Januar 1918 über 1 Paar Stiefel, geschätzt zu 20 M. n. beliehen zu 10 M., für kraftlos zu erklären.

Auf Grund des § 48 unserer Satzungen fordern wir hiermit den Inhaber des genannten Pfandscheines auf, solchen innerhalb eines Monats von der erfolgten Einrückung an gerechnet bei uns vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Karlsruhe, den 9. Jan. 1918

Städt. Spar- u. Pfandleihkasse-Verwaltung.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden:
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie 3124
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten,
für sofort und später.
Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe
Hilfsdienstmeldestelle
Karlsruhe, Zähringerstr. 100 III

Eine einzelstehende Person, Mitte 40, in allen Zweigen der Haushaltung und Gartenbau sowie Krankenpflege gut bewandert

sucht Stelle

in einem kathol. Pfarrhaus oder bei einzelstehendem kath. Herrn. Möbel können gestellt werden. Eintritt nach Uebereinkunft. Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle des Blattes erb. 150

Rasier-Klingen
f. Sicherh.-App. werd. haarscharf geschliffen, Stück 10 Pf.
Kaiserstraße 18 Laden
Karlsruhe. 3144

Ausgekämmte Frauenhaare
kauft
Oskar Decker, Haarhandlg.
Kaiserstr. 82 Karlsruhe.

Kleine Anzeigen
wie Stellengesuche, Angebote, An- und Verkäufe, Mietegesuche, Vermietungen usw. finden durch den
Bad. Beobachter
in Karlsruhe u. Umgebung
weitestes Verbreitung

Grosser Rathaussaal.

Zu Gunsten des Bad. Heimatdank - Ortsausschuss Karlsruhe.
Mittwoch, den 16. Januar 1918, abends 8 Uhr

VORTRAG

des Hauptmanns d. R. und Bataillons-Kommandeurs im 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, Herrn Staatsanwalts **Kuenzer:**

„Die Leib-Grenadiere bei Cambrai".

Vorverkauf der Eintrittskarten zu 2 M., 1.50 M., 1 M. und 50 Pf. in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstrasse 159, Eingang Ritterstr.

Im Lichthof

Kurz-Waren

Stickerei-Spitzen- | Abschnitte und Reste

148

Geschw. Knopf

Geschäfts-Uebernahme und Empfehlung.

Unserer werten Kundschaft sowie verehrlichen Behörden und Architekten teilen wir hierdurch mit, dass wir das von unserem verstorbenen Vater, Herrn **Friedrich Hafner** betriebene

Tapeten- und Tapezier-Geschäft

unter der Firma

Friedrich Hafner

Inhaber: **Otto** und **Emil Hafner**

weiterführen werden.

Für das unserem Vater über 50 Jahre bewiesene Wohlwollen sagen wir herzlichen Dank und bitten, dasselbe auch auf uns zu übertragen.

Seit einer Reihe von Jahren im väterlichen Geschäft tätig, wird unser Bestreben sein, allen Wünschen unserer werten Kundschaft nachzukommen und bitten wir, uns auch fernerhin mit Aufträgen beehren zu wollen.

Hochachtungsvoll

FRIEDRICH HAFNER
Inhaber: **Otto** und **Emil Hafner**
Tapeten- und Tapezier-Geschäft
Karlsruhe, Hebelstr. 23.

124

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Grosstante

Maria Schindler
Expeditionsgehilfin a. D.

wohlvorbereitet durch Empfang der 11. Sterbesakramente, im Alter von 72 Jahren zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr, statt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Pauline Eberhard, Wilhelmstr. 28 II St.
Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Für Erstkommunikanten das beste Geschenk
ist das Büchlein:

Briefe an die lieben Erstkommunikanten

Ein Vorbereitungsbüchlein von Vikar K. Fischer

2. Auflage. kl. 8° 76 Seiten. Geheftet einzeln 25 Pf. 50 Exemplare Mk. 10.—, 100 Exemplare Mk. 18.— Gebunden in hübschem Halbleinenbändchen Mk. —.70

„Ein herziges Büchlein! Ganz gewiß werden unsere lieben Kleinen aus jedem Briefe herausfühlen, daß ein großer Kinderfreund und Kenner des Kinderherzens zu ihnen spricht. Es wird diesem Werkchen gelingen, das unverdorbene Kinderherz zu jener Vollkommenheit zu führen, die der göttliche Kinderfreund von seinen Lieblingen verlangt. Für jeden Erstkommunikanten ist es **die schönste Gabe!"**

Verlag der A.-G. Badenia Karlsruhe

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe
Wintermäntel, Plüschmäntel, Wettermäntel
Seidenmäntel, Mantelkleider, Jackenkleider
Röcke, Blusen, Schürzen, Plüschgarnituren.
Keine Ladenmiete. **Große Auswahl**

Tüchtige Stenotypistinnen für Kanzleien u. Privatgeschäfte

werden für sofort und später gesucht. 3293

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
(Städt. Arbeitsamt Karlsruhe)
Zähringerstraße 100 III.

Unser sehr reichhaltiges Lager in

pfarramtlichen Formularen

ebenso unsere Formulare für die Herren Fondsrechner und Kirchensteuererheber bringen wir hiermit in empfehlende Erinnerung

Badenia, Akt.-Ges. für Verlag und Druckerei
++++ Karlsruhe ++++